

Antwort
der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1139
der Abgeordneten Thomas Domres und Isabelle Vandre
Fraktion DIE LINKE
Landtagsdrucksache 7/3101

**„Nachfrage zur Kleinen Anfrage „Stand der Umsetzung der Machbarkeitsstudie Sperenberg“
7/1830“**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen der Fragesteller:

In ihrer Antwort (Drucksache 7/2027) auf unsere Kleine Anfrage führt die Landesregierung zur Umsetzung der Machbarkeitsstudie Sperenberg aus, dass diese aktuell auf Grund offener Fragestellungen auf Eis liege. Als wesentliche Probleme benannte die Landesregierung sowohl die Rechtswidrigkeit des Regionalplanes, als auch die andauernde Klärung der Landesförderrichtlinie mit der Europäischen Kommission.

Wir fragen die Landesregierung:

Frage 1:

Wie ist der Stand der Aufstellung eines Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 und insbesondere des Teilregionalplans „Wind“ durch die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming?

zu Frage 1:

Nach Auskunft der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming hat die Regionalversammlung am 29.10.2020 das geänderte Planungskonzept zur Festlegung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 gebilligt und die Regionale Planungsstelle beauftragt, auf dieser Grundlage einen Planentwurf auszuarbeiten.

Die auf der Grundlage des Planungskonzepts vom 29.10.2020 als Eignungsgebiet für die Windenergienutzung in Frage kommenden Gebiete wurden durch die Regionale Planungsstelle ermittelt. Die Belegheitskommunen sowie die räumlich und fachlich zuständigen Stellen der Kreisverwaltungen wurden über diesen Arbeitsstand informiert und um Mithilfe bei der weiteren Sachverhaltsaufklärung sowie um Mitteilung planungsrelevanter Einschätzungen und Bewertungen gebeten.

Die Ergebnisse dieser frühzeitigen fachlichen Abstimmung werden voraussichtlich Mitte April vorliegen. Eine Information des Regionalvorstands ist in der am 07.05.2021 geplanten Sitzung beabsichtigt. Wenn nach Einschätzung der Mitglieder des Regionalvorstands Entscheidungsreife gegeben ist, könnte der Regionalversammlung ein Arbeitsentwurf in der Sitzung am 17.06.2021 vorgelegt werden.

Die Billigung des ersten Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 und der Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen könnte danach voraussichtlich im September 2021 vorgenommen werden.

Frage 2:

Inwieweit konnte im bisherigen Planungsverfahren die Ausweisung von Windeignungsgebieten am Standort Sperenberg von der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming berücksichtigt werden? Welche diesbezüglichen Erkenntnisse liegen aus dem aus dem Beteiligungsverfahren nach §9 Absatz 1 des Raumordnungsgesetzes vor?

zu Frage 2:

Nach Auskunft der Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming konnte im Gebiet der ehemaligen Heeresversuchsstelle Kummersdorf durch die Planungsstelle ein ca. 390 ha großes Gebiet ermittelt werden, das für die Festlegung als Eignungsgebiet für die Windenergienutzung in Frage kommt. Das potenzielle Eignungsgebiet umfasst auch diejenigen Flächen, die im Entwurf des Teil-Flächennutzungsplans "Windenergieanlagen" der Gemeinde Am Mellensee mit Stand 21.02.2020 als Konzentrationszone für die Errichtung von Windenergieanlagen vorgesehen sind. Wie zu Frage 1 ausgeführt, hat eine abschließende Abwägung aller betroffenen Belange noch nicht stattgefunden. Insbesondere sind die Stellungnahmen der unteren staatlichen Behörden abzuwarten.

Im Verfahren nach § 9 Absatz 1 des Raumordnungsgesetzes (ROG) waren durch das Ministerium der Finanzen und für Europa (MdFE) mit Stellungnahme vom 28.02.2020 folgende Hinweise gegeben worden:

„In Umsetzung der Klimaschutzziele der Landesregierung ist beabsichtigt, Teilflächen der Liegenschaften Flugplatz Sperenberg/Kummersdorf-Gut, Truppenübungsplatz Heidehof sowie Kaserne Forst Zinna für den Betrieb von Windenergieanlagen auszuweisen.

Die Landesregierung hat in der vergangenen Legislaturperiode eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die die Untersuchung der Möglichkeiten für die Errichtung eines "speicherbasierten Erneuerbare-Energien-Kraftwerks am Standort Sperenberg" zum Gegenstand hatte. Im Ergebnis der Studie ist die Region der Liegenschaft Sperenberg in herausragender Weise geeignet, als Standort für ein Leuchtturmprojekt der Energiewende zu dienen. Dies liegt insbesondere an den vorhandenen Infrastrukturen, deren Konzentration auf engstem Raum einmalig für Brandenburg ist:

- *Gasturbinen am Standort Thyrow mit dem technischen Potential, einen hohen Anteil an Wasserstoff verbrennen zu können;*
- *Erdgasröhrenspeicher am Standort Thyrow;*
- *Ontras-Gastrasse in unmittelbarer Nähe;*
- *E.dis-Umspannwerk in unmittelbarer Nähe;*
- *50hertz-Umspannwerk in unmittelbarer Nähe;*
- *Deutsche-Bahn-Umrichterwerk in unmittelbarer Nähe;*
- *hohes Interesse der Anrainerkommunen Trebbin, Luckenwalde, Nuthe-Urstromtal, Am Mellensee und Ludwigsfelde.*

Die Landesregierung präferiert in enger Abstimmung mit den anliegenden Kommunen (eingebunden über die Kommunale Arbeitsgemeinschaft KAG MEKS) die Versorgung der DB-Strecke Berlin-Dresden mit 100 v. H. Strom aus erneuerbaren Energien an 365 Tagen im Jahr mit Ausbauoption zur Versorgung der Anrainerkommunen mit ihren etwa 70.000 Einwohnern und den Gewerbebetrieben. Die Industrieunternehmen als Eigentümer der essentiellen Infrastrukturen haben in ersten Vorgesprächen bereits ein außerordentlich hohes Interesse an der Umsetzung dieses Vorhabens signalisiert. Als eines der nächsten Schritte ist die offizielle Einberufung dieses Industriekonsortiums vorgesehen, um die Details für die beabsichtigte Beauftragung einer konkretisierenden Folgestudie abzustimmen. Die Umsetzung des Projektes hängt maßgeblich vom Ausbau erneuerbarer Energien am Standort Sperenberg (insbesondere Photovoltaik- und Windenergieanlagen) ab. Eine Einbeziehung bereits vorhandener oder auf ausgewiesenen Windeignungsgebieten noch zu errichtender Windenergieanlagen ist insbesondere aufgrund der regulatorischen Rahmenbedingungen (Belastung mit Steuern, Abgaben und Umlagen bei einem Netzbezug des Stroms aus erneuerbaren Energien) nicht ausreichend.

Ich bitte daher, bei der Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 und insbesondere des Teilregionalplans Wind die Errichtung von Windenergieanlagen am Standort Sperenberg zu ermöglichen und entsprechende Windeignungsgebiete zu berücksichtigen. Dabei sollten sich aktuell abzeichnende Hinderungsgründe - wie z.B. das Vorhandensein schützenswerter Vögel und die damit zu beachtenden tierökologischen Abstandskriterien - nicht zu einem sofortigen Ausschluss führen. Die technologische Entwicklung eröffnet u.a. durch entsprechende radargestützte

Vogelerkennungssysteme die Option, hier die Errichtung von Windenergieanlagen und den Vogelschutz in Einklang zu bringen.

Das von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben im Zusammenwirken mit dem Land Brandenburg beauftragte Entwicklungskonzept Heeresversuchsstelle Kummersdorf-Gut vom Mai 2014 weist zwei potentielle Flächen für die Errichtung von Windenergieanlagen aus (Lageplan - Anlage 1). Weiterführende Planungen liegen insoweit zwar noch nicht vor. Allerdings haben die Gemeinden Am Mellensee und Nuthe-Urstromtal im Jahr 2018 die Aufstellung eines sachlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergieanlagen“ bzw. „Erneuerbare Energien“ gemäß § 5 Abs. 2b BauGB beschlossen, der derzeit entwickelt wird. Eine Nutzung von Windenergieanlagen ist auf den im Entwicklungskonzept dargestellten Potenzialflächen WK1 mit einer Größe von rd. 235 ha und WK2 mit einer Größe von rd. 240 ha beabsichtigt. Die Potenzialflächen liegen außerhalb von Naturschutz- und FFH-Gebieten. Die Potenzialfläche WK 1 grenzt unmittelbar an das Windeignungsgebiet WEG 32 „Nuthe-Birkhorst“ (Größe ca. 215 ha) außerhalb der WGT-Liegenschaft, welches Waldflächen im Eigentum des Landesbetriebes Forst umfasst und im Regionalplan 2020 als Windeignungsgebiet ausgewiesen war. Hier ist eine Erweiterung des WEG 32 auf die Flächen des ehemaligen Flugplatzes Sperenberg/ Kummersdorf-Gut in Betracht zu ziehen. Eine Aufstellung der Flurstücke der Potenzialflächen WK1 und WK2 ist beigefügt (Anlage 2). Die Potenzialfläche WK2 war bereits im früheren Entwurf des Teilflächennutzungsplanes „Windenergieanlagen“ der Gemeinde Am Mellensee - Stand April 2012 - dargestellt. Die Eignung dieser Fläche mit einer Gesamtgröße von ca. 240 ha wurde im Rahmen der Aufstellung des Teilflächennutzungsplanes ausführlich untersucht. Die eingeschränkte Sichtwirkung wegen der Lage in einem weiträumigen Waldgebiet, das vorhandene Wegenetz und Freiflächenpotenzial und die Minimierung des Eingriffs in die Waldflächen sprechen für die Ausweisung als Windeignungsgebiet.“

Damit weitgehend übereinstimmende Hinweise und Einschätzungen wurde durch

- das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie mit Stellungnahme vom 19.02.2020 und
- die Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH mit Stellungnahme vom 04.02.2020

mitgeteilt.

Das von der Planungsstelle mit aktuellem Planungsstand ermittelte potenzielle Eignungsgebiet „Kummersdorf-Gut“ entspricht etwa der Potenzialfläche WK 2, geht flächenhaft jedoch etwas darüber hinaus.

Frage 3:

Welche Initiativen hat die Landesregierung bereits unternommen, um potentielle Investorinnen und Investoren zu gewinnen bzw. die Gründung eines Industriekonsortiums vorzubereiten?

Zu Frage 3:

Hier wird auf die Antwort auf Frage 1 der Kleinen Anfrage 703 (Lt-Drs.7/1830) verwiesen.

Frage 4:

Welchen Nachbesserungsbedarf an der Machbarkeitsstudie sieht die Landesregierung auf Grund technischer Innovationen?

Zu Frage 4:

Die vorliegende Machbarkeitsstudie hatte die Ermittlung möglicher Nutzungsszenarien für die vorhandene Energieinfrastruktur einschließlich notwendiger technologischer Ergänzungen zur Realisierung eines Leuchtturmprojekts der Energiewende zum Gegenstand. Die Landesregierung hat die aufgezeigten vier Szenarien in enger Abstimmung mit der KAG ausgewertet und eine Präferenz für das Szenario 3 entwickelt. Vor einer konkreten Umsetzung eines solchen Projektes ist durch eine konkretisierende Folgestudie die genaue Komponentenkonfiguration zu ermitteln. Voraussetzung hierfür sind wiederum das

Vorliegen der erforderlichen Rahmenbedingen; auf die Antwort auf Frage 1 der Kleinen Anfrage 703 /Lt-Drs. 7/1830) wird verwiesen.

Frage 5:

Wie bewertet die Landesregierung die Bodenbelastung in Sperenberg? Wie hoch wären die Kosten zur Bereinigung der Konversionsflächen?

Zu Frage 5:

Eine Bewertung der Bodenbelastung dieser ehemals durch die Westgruppe der Truppen (WGT) militärisch genutzten Liegenschaft erfolgte vorrangig anhand der ehemaligen Nutzung durch die WGT. So sind zahlreiche punktuelle Bodenbelastungen durch den Umgang mit Treib- und Betriebsstoffen und die (Luft-) Fahrzeugwartung und -pflege, im Zusammenhang mit Abfallablagerungen, Deponien, Schrottplätzen, Lagerbereichen sowie dem militärischen Übungsbetrieb und der Abwasserbehandlung vorhanden. Aus diesen Nutzungen sind punktuelle Bodenbelastungen mit MKW, BTEX, PAK, LCKW, Schwermetallen, (u. a.) nachgewiesen. Darüber hinaus können Bodenbelastungen aus der Zeit der Nutzung als Heeresversuchsstelle von 1875 bis 1945 vorliegen, die nur teilweise bewertet wurden. Seit der Übernahme der Liegenschaft 2012 waren auf den landeseigenen Flächen keine Gefahrenabwehrmaßnahmen erforderlich. Zur Gefahrenbewertung und Überwachung erfolgt seit 2013 auf den Landesflächen ein jährliches Grundwassermonitoring. Für die beim Bund verbliebene Fläche des Außentanklagers führt die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) eine Gefahrenabwehrmaßnahme durch.

Die Kostenschätzung für die Bodensanierung wird maßgeblich durch die geplante Nachnutzung beeinflusst. Dabei reicht die Spanne von sensibler Nachnutzung (z. B. Wohnen, Schule, Garten usw.) bis zu gewerblicher oder industrieller Nachnutzung. Die konkrete Nutzung einzelner Teilflächen dieser rd. 3.500 ha großen Liegenschaft ist derzeit noch nicht bekannt. Daher ist eine seriöse Kostenschätzung für die „Bereinigung der Konversionsflächen“ ohne Kenntnis der exakten Nachnutzung nicht möglich.

Frage 6:

Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bisher ergriffen, um die Denkmalbestände auf der benannten Fläche zu sichern?

Zu Frage 6:

Seit der Übernahme der Liegenschaft durch das Land Brandenburg im Jahr 2012 werden regelmäßig Verkehrssicherungsmaßnahmen an den Gebäuden durchgeführt. So werden Fenster und Türen permanent verschlossen, notwendige Dachreparaturen ausgeführt, Regenwasserfallrohre erneuert und Baumbewuchs im Bereich der Baulichkeiten entfernt, um die Gebäudesubstanz zu schützen. Des Weiteren werden die Wege um die bebauten Areale regelmäßig freigeschnitten, um Brandlasten zu reduzieren und diese Wege bei Bedarf als Rettungswege nutzen zu können.

Bereits in Beantwortung der dieser Anfrage vorausgehenden Kleinen Anfrage 7/1830 wurde darauf hingewiesen, dass Erhaltungsmaßnahmen ohne konkrete Nachnutzungskonzepte wirtschaftlich nicht tragbar sind. Nachhaltige Nutzungen stehen für die Gebäude bislang nach wie vor nicht in Aussicht.

Frage 7:

Wie ist der Stand der Gespräche mit der unteren Denkmalschutzbehörde hinsichtlich der Verträglichkeit von Windkraftanlagen auf dem Denkmal der ehemaligen Heeresversuchsstelle Kummersdorf?

Zu Frage 7:

Gespräche mit der Unteren Denkmalschutzbehörde werden i.d.R. im Zuge planungsrechtlicher Verfahren der Kommunen geführt; so fanden erste informelle Kontaktaufnahmen zur Unteren Denkmalschutzbehörde seitens der Kommunen bereits in den jeweiligen planungsrechtlichen Vorverfahren statt. Eine formelle Beteiligung und auch Stellungnahme erfolgt seitens der Kommunen erst im Zuge eines konkreten

kommunalen Planverfahrens (hier der entsprechenden Bauleitplanung) bzw. z.T. auf der Ebene der Regionalplanung; auf die Antwort auf Frage 2 wird Bezug genommen.

Nachdem der die Liegenschaft erfassende Regionalplan im Jahr 2018 vom Oberverwaltungsgericht für unwirksam erklärt wurde, haben die Gemeinden Am Mellensee und Nuthe-Urstromtal jeweils Beschlüsse zur Aufstellung eines Teil-Flächennutzungsplanes „Windenergieanlagen“ bzw. „Erneuerbare Energien“ gefasst. Die jeweiligen Verfahren sind noch nicht beendet.

Innerhalb des Teil-Flächennutzungsplans „Windenergieanlagen“ der Gemeinde Am Mellensee wurde eine „Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung - zwischen den Schießbahnen“ in Größe von rd. 225 ha ausgewiesen. Die Ausweisung der Fläche wird seitens des Eigentümers ausdrücklich begrüßt. Diese Fläche war auch bereits Gegenstand des von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und dem Land beauftragten Entwicklungskonzeptes 2014.

Nach Gesprächen zwischen der vom Land u.a. mit der Verwaltung der WGT-Flächen beauftragten Brandenburgischen Boden Gesellschaft und den zuständigen Mitarbeiterinnen der unteren Denkmalschutzbehörde wurde eine denkmalrechtliche Erlaubnis in Aussicht gestellt, wenn ein entsprechendes Fachgutachten die ethische Verträglichkeit von Windenergieanlagen (WEA) auf dem Denkmal Heeresversuchsstelle bestätigt bzw. Wege aufzeigt, wie WEA errichtet werden müssen, um denkmalverträglich zu sein. Dieses Gutachten soll im Rahmen eines Denkmalpflegeplanes erarbeitet werden. Künftige Entwicklungen und zivile Nachnutzungen stehen jedoch im Zusammenhang mit Umsetzung des Waldbrandschutzkonzeptes. Im Rahmen des Waldbrandschutzkonzeptes werden die Kampfmittelräumung auf den im Konzept ausgewiesenen Waldwegen und Schutzstreifen realisiert, Löschwasserentnahmestellen gebaut und sichere Zufahrten für die Löschfahrzeuge geschaffen. Insofern hat derzeit die Umsetzung des Waldbrandschutzkonzeptes Priorität vor der Beauftragung weiterer Fachgutachten.

Frage 8:

Welche Auswirkungen hat die Novellierung des EEG 2021 auf die Umsetzung der Machbarkeitsstudie Sperenberg?

Zu Frage 8:

Wie in der Nationalen Wasserstoffstrategie angekündigt, wurde die EEG-Umlage für die Herstellung von Wasserstoff reduziert. Hierzu wurden parallel zwei Optionen geschaffen, zwischen denen die Wasserstoffhersteller wählen können. Zum einen können Hersteller von Wasserstoff die EEG-Umlage im Rahmen der Besonderen Ausgleichsregelung beschränken lassen; zum anderen wurde eine gesetzliche Vollbefreiung von der EEG-Umlage für die Herstellung von grünem Wasserstoff geschaffen. Hinzu tritt eine Verordnungsermächtigung, auf deren Grundlage im Nachgang die Anforderungen an „grünen“ Wasserstoff geregelt werden können. Die Förderung der elektrochemischen Herstellung von Wasserstoff in neuen Anlagen ist damit ab Inkrafttreten der Verordnung auf ausschließlich „grünen“ Wasserstoff ausgerichtet und gilt nur für Anlagen, die bis zum 1. Januar 2030 in Betrieb genommen wurden.

Die projektbezogenen Auswirkungen dieser EEG-Novelle sind im Rahmen der konkretisierenden Folgestudie (siehe Antwort auf Frage 4) zu prüfen.